

B 212 neu: Ministerium möchte neues Raumordnungsverfahren

Bundesstraße ohne Delmenhorster Abfahrt planen / Berlin hat das letzte Wort

Offenbar hat der Protest aus Delmenhorst und Ganderkesee etwas gebracht. Zumindest in Hannover. Der neue niedersächsische Verkehrsminister Olaf Lies will die Bundesstraße 212 neu in einer gänzlichen ungewöhnlichen Variante für den Bundesverkehrswegeplan anmelden. Zudem soll die Ortsumgehung Delmenhorst keine Rolle mehr spielen.

VON ANDREAS D. BECKER

Delmenhorst-Ganderkesee Man muss schon genau hingucken, um dieses Detail zu finden. In der Liste des niedersächsischen Verkehrsministeriums „der für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) anzumeldenden Projekte“ taucht der Lückenschluss der B 212 neu zwischen Harmenhausen und der Landesgrenze Niedersachsen/Bremen zwar ganz regulär auf, als „Neubau, 2-streifig ohne Standstreifen“. Der Verweis auf Fußnote 6 kann dagegen leicht übersehen werden, aber gerade diese Fußnote ist es, die aufhorchen lässt: „Ohne Anschluss an L 875; weitere Varianten“, steht ganz am Ende der 228 Projekte umfassenden Liste.

Grob übersetzt heißt das: Delmenhorst würde über die Stedinger Landstraße nicht mehr an die neue Bundesstraße angeschlossen werden. Und weil damit auch die für die Stadt prognostizierten Verkehrsprobleme wegfallen würden, können sich das Land und der Bund die Ortsumgehung für Delmenhorst sparen, die sehr wahrscheinlich quer durch die Gemeinde Ganderkesee gebaut worden wäre. Aus dem Grund

ist sie von Lies auch gar nicht mehr für den BVWP angemeldet worden.

Zudem klingen die Signale aus Hannover so, als wenn das ganze Verfahren neu aufgerollt werden soll. „Das ist das Interessante daran: Wir denken über ein neues Raumordnungsverfahren nach. Wir wollen uns die gesamte Situation noch einmal anschauen“, erklärte Ministeriumssprecher Christian Budde. Dahinter steckt genau das, was die Kritiker immer gefordert hatten: eine ganzheitliche Betrachtung des

West-Link 01.07.2013

„Wir wollen uns

die gesamte Situation noch einmal anschauen.“

Ministeriumssprecher Christian Budde

Verkehrs in der Wesermarsch, Delmenhorst und Ganderkesee. Ohne diesen Blick sei das Straßengeflecht nicht sinnvoll zu bauen. „Wenn wir eine Lösung für den Gesamttraum gefunden haben, können wir die für den Bundesverkehrswegeplan immer noch nachmelden“, sagte Budde.

Das erneute Aufrollen des Verfahrens würde den Bau der Trasse zwischen Harmenhausen und der Grenze zu Bremen um einige Jahre verzögern, weil noch mal ergebnisoffen alle möglichen Straßenverläufe und ihre Auswirkungen auf Mensch und Natur untersucht werden müssten. Allerdings gibt es auch noch einige Unbe-

kannte, die es zu beachten gilt: Sollte Bremen von sich aus den Anschluss an die Autobahn 281 bis zur Landesgrenze wie geplant bauen, stellen sie die Planer in Niedersachsen vor vollendete Tatsachen. Zudem kommt die abschließende Bewertung der Pläne aus Berlin: Wenn das Bundesverkehrsministerium nicht der Meinung ist, dass alles noch einmal von vorne untersucht werden soll, ist die bereits laufende Planung fortzusetzen. Und das jetzige Verfahren befindet sich bereits in der zweiten Stufe, der Linienbestimmung.

„Für uns ist maßgeblich, dass wir als Auftrag die Linienbestimmung bekommen haben. Und in der steht auch die Anbindung Delmenhorst drin“, sagte Joachim Delfs, Leiter der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Oldenburg. Er versteht das jetzige Vorgehen der rot-grünen Landesregierung eher als eine Anregung an die Planer im Bundesministerium, weitere Varianten erneut in Betracht zu ziehen. Dass es so gekommen ist, dürfte wohl auch an der intensiven Lobbyarbeit aus Ganderkesee und Delmenhorst liegen. Zuletzt war eine Delmenhorster Delegation am 19. Juni bei Lies, um über die B 212 neu zu sprechen. „Es war ein gutes Gespräch“, bestätigte Stadtsprecher Timo Frey. „Das Ergebnis war wohl, in neue Planungsüberlegungen einzutreten.“

Heute Abend spielt die B 212 neu übrigens ab 19 Uhr im Ganderkeseeer Schützenhof eine Rolle, wenn der Bundestagsabgeordnete Holger Ortel unter dem Titel „Vorfahrt für Bürgerbeteiligung – Vom Wutbürger zum Partner“ zur Diskussion lädt.